



**VN-INTERVIEW: Dr. Hannes Androsch, Industrieller, Finanzminister a. D.**

# Steuerdebatte ist überflüssig

■ Österreich drohen weder ein Staatsbankrott noch eine kräftige Inflation.

**ERNEST F. ENZELSBERGER**  
ernest.enzelsberger@vn.vol.at, ☎ 72/501-219

**VN: Droht Österreich wirklich ein Staatsbankrott?**

**Androsch:** Davon kann keine Rede sein. Das hat auch der Chef des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF), Strauss-Kahn, fachkundig festgestellt. Bei aller Wertschätzung für den US-Ökonomen Paul Krugman, der als einer der ersten vor der herrschenden Krise gewarnt und damit recht behalten hat, seine auf Österreich bezogenen Aussagen sind oberflächlich und leichtfertig. Er soll sich einmal die Zahlen ansehen. Wir sind ein Land mit einem Leistungsbilanzüberschuss.

Dass wir uns sehr stark im Osten engagiert haben, ist ja

kein Geheimnis. Da haben es sich auch die Banken leicht gemacht. Sie haben gut verdient, aber die Risiken nicht beachtet. Wir haben allerdings das Ostthema ungeschickt gehandhabt und einen falschen Eindruck erweckt.

**VN: Droht uns eine kräftige Inflation?**

**Androsch:** Nein. Jetzt droht einmal unmittelbar eine Deflation. Das ist viel gefährlicher. Zur Inflation: Durch das Schrumpfen der Bankaktivitäten weltweit ist auch eine massive Geldmengenschrumpfung eingetreten. Die Geldmenge hat also nicht zugenommen. Andere Behauptungen gehen an der Wirklichkeit vorbei.

Der beste Beweis dafür ist ja, dass man bei den Banken keine Kredite mehr bekommt. Bevor der deutsche Finanzminister vor einer drohenden Weltinflation warnt, soll er lieber schauen, dass er die Banken in Deutschland in Ordnung bekommt. Grundsätzlich werden wir uns künftig mit einem gemächlichen Wachstum vertraut machen müssen,

einem „Zeitalter der neuen Genügsamkeit“. Eine solche Situation ist nicht unbedingt inflationsfördernd.

**VN: Was sagen Sie zur neu angefachten Debatte um die Vermögenssteuer?**

**Androsch:** Diese Debatte ist überflüssig. Grundsätzlich sind Besteuerungsfragen komplex und daher müssen neben den fiskalischen jeweils auch die ökonomischen und politischen Auswirkungen in Betracht gezogen werden. Diese Gesamtschau findet bei den nunmehr vorgebrachten Vorschlägen für neue Steuern in der Regel nicht statt. Meine größte Sorge ist, dass wir den Menschen keine Perspektive, keine Chancen und keine Herausforderungen geben. Eine neue Steuer auf Vermögen, ist ein Ausdruck politischer Hilflosigkeit. In einer Krise sind Steuererhöhungen das falsche Medikament.

**VN: Welche Auswirkungen hätte eine erneut eingeführte Vermögenssteuer?**

**Androsch:** Sie müsste wiederum die Betriebe, vor allem aber auch die Hauslebauer und die Autobesitzer treffen, weil sie sonst fiskalisch nicht interessant wäre. Dazu kommt, dass mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer eine Dreifachbesteuerung verbunden wäre: Zuerst wird das Einkommen besteuert. Wird davon ein Teil gespart und Vermögen gebildet, werden Einkünfte daraus mit der Kapitalertragssteuer belegt. Die Vermögenssteuer würde eine dritte steuerliche Belastungsstufe bedeuten, die wirksam würde, selbst wenn keine Einkünfte

erzielt werden. Dies hätte eine Substanzverringerung, also Teilenteignung zur Folge. Die neue Abgabe würde auch die steuerliche Last der Unternehmen weiter in die Höhe treiben.

Dieser Weg kann nicht als zielführend betrachtet werden wenn eine höhere Wirtschafts- und Innovationsleistung erreicht, mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen geschaffen und letztlich auch ausreichende Steuereinnahmen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, vor allem des Sozialstaates, generiert werden sollen.

**VN: Was wäre jetzt nötig?**

**Androsch:** Statt neuer Steuern sollen die vorhandenen Einsparpotenziale in Höhe von rund 10 Mrd. Euro im öffentlichen Bereich umgesetzt die Wirtschaft angekurbelt und Bildung, Wissenschaft und Forschung und Universitäten als wichtige Investitionen in die Zukunft massiv forcieren werden. Dadurch sollen bessere Qualifikationen und mehr Innovationsdynamik erreicht werden. Davon ist bislang leider aber kaum die Rede, obwohl größter Nachholbedarf besteht, sonst verspielt Österreich seine Zukunft. Wir haben ein politisches System, das sich wechselseitig blockiert.

**VN: Haben wir die Talsohle der Krise schon erreicht?**

**Androsch:** Nein. Wir müssen also mit weiter steigender Arbeitslosigkeit und mehr Firmenpleiten rechnen. Die Rettungspakete wurden noch nicht wirklich eingesetzt und sind wahrscheinlich auch zu klein. Wir brauchen ein anderes Wirtschaftsmodell mit vernünftigen Spielregeln mehr Balance zwischen den Hauptpartnern der Weltwirtschaft und weniger Energie und Rohstoffabhängigkeit.



Androsch: „Es kommt das Zeitalter der neuen Genügsamkeit.“ (Foto: APA)